

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag Dresdner Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10. Telefon 2411
Kurs für den Abnehmer: Nr. 20011
Schließung u. Anzeigenannahme: 18 Uhr
Dresden - L. Marienstraße 20/22

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2.50 RM. (einschließlich 70 Pf. für Porto- und Postgebühren). Bei halbjährlicher Bestellung 12.50 RM. Bei vierteljährlicher Bestellung 6.25 RM. Bei einmonatlicher Bestellung 0.80 RM. (einschließlich 70 Pf. für Porto- und Postgebühren). Die einmonatliche 30 mm breite Beilage 0.20 RM. für den Abnehmer 0.15 RM. Die 90 mm breite Beilage 0.30 RM. außerorts 0.35 RM. Abbestellung u. Tarif, Familienkreuz und Einzelhefte ohne Rabatt 1.50 RM. außerorts 1.60 RM. Offiziell gedruckt bei der Reichsdruckerei.

Druck v. Verlag: Druck & Vertriebs, Dresden, Bismarck-Str. 10, 1088 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverändert
Schließung werden nicht aufgeführt

Vor der Aussprache Papens mit Hindenburg

Die NSDAP. hält an Hitlers Kandidatur fest

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Nov. Der angekündigte Besuch des Reichspräsidenten beim Reichspräsidenten ist auf Donnerstag nachmittag 5 Uhr angelegt. Wie verlautet, sollen schon am Freitag und Sonnabend die in Aussicht genommenen Maßnahmen mit den Parteiführern erfolgen. Die Nationalsozialisten nehmen sehr durch die Berliner Organ, das, da der „Völkische Beobachter“ zur Zeit verboten ist, als ihre eigentliche politische Zeitung gelten kann, zu diesen Plänen Stellung und bezeichnen das Vorgehen des Herrn von Papen als ein naives Angebot.

Der „Angriff“ schreibt:

„Niemand verschließt sich der unumkehrlichen Tatsache, daß nach dem Ausgange der Wahl die Stellung der derzeitigen Regierung unhaltbar geworden ist, mit Ausnahme der Regierung selbst. Sie will die sogenannte „nationale Konzentration“ auf dem Wege durchführen, daß die Parteiführer sich plötzlich bereit erklären sollen, das sozialreaktionäre Programm des Papenkabinetts anzuerkennen und sich für eine Zusammenarbeit im Sinne dieses Programms zur Verfügung zu stellen. Wir können jedenfalls schon jetzt eindeutig erklären, daß die NSDAP. sich zu einer solchen Aktion nicht hergeben wird. Die zwölf Millionen, die ihre Stimmen für Adolf Hitler abgaben, haben dies nicht getan, damit wir hinterher die Politik des Papenkabinetts sanktionieren, sondern weil wir eben dieser Politik den schärfsten Kampf angefaßt haben. Da auch von anderen Parteien ähnliche Absichten zu erwarten und schon angekündigt sind, wird Herr von Papen nicht weit kommen.“

Wir verlangen uns keineswegs grundsätzlich einer nationalen Konzentration, und wir sind überzeugt, daß wir mit den anderen für eine nationale Konzentration in Frage kommenden Kräften sehr wohl zu einer Einigung über ein wirkliches Aufbauprogramm kommen könnten, das unter Führung der NSDAP. als der weitläufigsten Partei durchgeführt werden könnte.

Auf der Grundlage des Papenprogramms aber ist eine solche Einigung unmöglich. Wenn man sich in Regierungskreisen etwa mit dem Gedanken tragen sollte, die nationalsozialistische Front sprengen zu können, so irrt man sich ganz gewaltig. Den politischen Weg der NSDAP. entscheidet nur ein einziger Mann, und das ist Adolf Hitler. Wir glauben, daß er seine Auffassung der Lage schon deutlich genug kundgetan hat. Sie heißt: Kein Verhandeln. Zum hundertsten Male sei es gesagt: Die nationalsozialistische Bewegung kann nur dann an der Regierung teilhaben, wenn ihr selbst die Führung, die ihr ihrer Stärke nach zukommt, übertragen wird, d. h. wenn man Adolf Hitler mit der Kanzlerschaft betraut. Das ist der einzige Weg zur Lösung der Krise.

Versteht man diesen Kommentar politisch zu deuten, so geht daraus hervor, daß Hitlers Anspruch auf das Reichspräsidentenamt unbedingt aufrechterhalten wird, daß Hitler sich aber auf der anderen Seite keinesfalls grundsätzlich den Plänen zur Derbefeuerung einer nationalen Konzentration verschließen will. Es bleibt die Frage offen, ob es Hitler überhaupt ablehnen wird, mit Papen auch nur zu sprechen, oder gar einen Besuch beim Reichspräsidenten nur unter vorheriger Festlegung von Bedingungen zu unternehmen gedenkt. Darüber wird bald eine Klärung erfolgen müssen.

Inzwischen haben die Kommunisten die parlamentarische Initiative ergriffen und an den Reichstagspräsidenten Dring ein Schreiben gerichtet, in dem sie das sofortige Zusammentreten des neu gewählten Reichstages verlangen.

mit der Tagesordnung: Annahme einer großen Anzahl von Misstrauensvoten gegen die Reichs- und kommunalistische Exekutivregierung, sowie Aufhebung der Notverordnungen. Es ist nicht anzunehmen, daß Reichstagspräsident Dring diesem kommunistischen Antrag Folge gibt, zumal die Formalien des Reichswahlrechts entsprechend noch nicht abgewickelt sein können.

Die christlichen Gewerkschaften gegen Papen

Berlin, 10. November. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erklärt einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt: „Das schaffende Volk hat am 6. November das Misstrauenstimment dem ausgeschiedenen Reichstags gegen das Kabinett Papen befaßt. Nur 10 v. O. wußte Herr v. Papen trotz Aufbietung des gesamten Propagandaapparates um sich zu sammeln. Das bedeutet das Todesurteil für diese Regierung. Volkswort und Verfassung lassen für nur eine Möglichkeit: Rücktritt zugunsten einer verfassungsmäßigen vorkonventionellen Regierung. Die christlichen Gewerkschaften wenden sich an den Reichspräsidenten, dem nicht zuletzt durch das Vertrauen der gesamten organisierten Arbeiterschaft ein hohes Amt erneut übertragen wurde, seinerseits die Reichsregierung wiederherzustellen und dem sozialen Willen des Volkes kraft seiner Autorität Raum zu geben und damit zugleich Ruhe und Ordnung zu sichern.“

Länder und Rundfunklinien

Berlin, 10. November. Im Zusammenhang mit der Beratung über die Rundfunklinien in den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats ist behauptet worden, daß mit einigen Ländern noch Uneinigkeit bestehe. Diese Behauptung ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, unzutreffend, weil die Verhandlungen mit denjenigen Ländern, in denen sich Rundfunkstationen befinden, in den wesentlichen Punkten Einigkeit ergeben hätten, während die übrigen Länder erst im Reichsratsauschuß Gelegenheit hätten, zu den verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. — Zu der vor einigen Tagen verbreiteten Meldung über die Mitwirkung einer Reihe außerhalb der Regierung stehender Persönlichkeiten an den Rundfunklinien wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß diese Richtlinien im Ministerium selbst ausgearbeitet worden seien.

Eisenbahnunfall auf der Strecke Sieben-Fulda

Frankfurt a. M., 10. Nov. Die Reichsbahndirektion Frankfurt teilt mit: Auf dem Bahnhofs-Straßen fuhr heute früh gegen 7,30 Uhr ein von Fulda nach Sieben fahrender Personenzug auf einen Güterzug auf. Hierbei entgleisten fünf Wagen. Durch den Unfall wurden sechs Menschen verletzt. Es handelt sich in der Hauptsache um Pflanzungen.

Zwölf Todesopfer der Genfer Straßenkämpfe

Kommunistisch-sozialistische Verbrüderung

Genf, 10. November. Die blutigen Zusammenstöße am Mittwochabend haben insgesamt 12 Todesopfer gefordert; 65 Verwundete, darunter Schwerverletzte, wurden in die Krankenhäuser eingeliefert. Über den Verlauf der Demonstrationen gehen uns noch folgende Schilderungen zu:

Die Union Nationale, die hier eine demokratisch-konservative Gruppe, hielt eine der üblichen öffentlichen Versammlungen in einem Gebäude ab. Bereits während der Versammlung sammelten sich außerhalb des Saales zahlreiche sozialistische und kommunistische Gruppen. Die Polizei hatte die üblichen Vorkehrungen getroffen und die Umgebung des Versammlungsortes abgesperrt. Als die Kundgebungen der Massen jedoch einen immer bedrohlicheren Charakter annahmen, sah sich die Polizei gezwungen, Militär hinzuzuziehen. Die Soldaten wurden mit wüstem Geschrei und Beschimpfungen begrüßt. Man entriß ihnen die Waffen und streute ihnen Pfeffer in Gesicht. Zahlreiche Soldaten erlitten Verletzungen. Ein Offizier brach von einem Knüttel getroffen, bewußtlos zusammen. Von allen Seiten ertönten Rufe wie: „Banditen, Mörder!“

Das zahlreiche Frauen an den Kundgebungen teilnahmen.

Die Polizei sah sich hierauf gezwungen, um die Entsendung zweier weiterer Infanterieregimenten zu ersuchen. Da die anwesenden Truppen der Lage nicht Herr wurden, mußten schließlich Maschinengewehre in Stellung gebracht werden. Als das Feuer eröffnet wurde, entfiel eine unbeschreibliche Panik. Zwölf Tote und eine große Anzahl von Verwundeten blieben auf dem Platze. Die Kundgebungen wurden jedoch fortgesetzt. Die Menge stimmte die Internationale an. Der Führer der Sozialisten, Nicole, die hier den Kommunisten außerordentlich nahesteht, wurde von der Menge auf die Schulter genommen und hielt eine Ansprache, in der er rief:

Revolution gegen die Genfer Regierung

aufforderte. Die Menge setzte die Angriffe auch fort, als militärische Verstärkungen eintrafen. Den Truppen blieb nichts anderes übrig, als das Feuer zu eröffnen.

Nach den bisherigen Feststellungen soll der erste Schuss aus dem Fenster einer Wohnung abgegeben worden sein, die von einem bekannten Genfer Anarchisten bewohnt wird. Bei den zwölf Toten und 65 Verletzten handelt es sich hauptsächlich um Arbeiter. Ferner sind ein Offizier und mehrere Soldaten schwer verletzt worden. — Die Genfer Regierung trat noch in den letzten Nachmittagen zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß, die gesamte Garnison zu mobilisieren, um weiteren Unruhen vorzubeugen.

Auch in Lausanne

ist es zu sozialistischen und kommunistischen Unruhen gekommen. Eine große Anzahl Kommunisten ist verhaftet worden. Die Genfer Behörden glauben, daß die Angriffe der Sozialisten und Kommunisten auf die Truppen bereits vor längerer Zeit vorbereitet worden seien, da zahlreiche Kommunisten im Besitz von Waffen

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 10. Nov. Die französischen Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, dessen vierter Unter-ausschuß am 11. und 12. November in Berlin zusammentritt, verlassen Paris am Donnerstagabend unter Führung des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Patronotie. An den Arbeiten nehmen von französischer Seite außerdem der Präsident des vierten Unter-ausschusses, Marlio, die beiden Generalsekretäre Coullondre und Dolchiller sowie Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der Finanz-, der Industrie- und der Wirtschaft teil.

Keine englische Schuldzahlung am 15. Dezember?

London, 10. Nov. Ein Teil der englischen Presse rechnet damit, daß England in absehbarer Zeit die Vereinigten Staaten in einer Mitteilung auf die Umstände aufmerksam machen werde, die die Kriegsschuldenszahlungen aus außerordentlich erschweren. Der „Daily Mail“ zufolge soll in dieser Mitteilung auch auf das Lawianer Abkommen hingewiesen werden. Tatsächlich, so schreibt das Blatt, dürfte die Schuldfrage schon gelegentlich der Anwesenheit von Norman Davis in London eingehend erörtert worden sein. Das Blatt hält eine Zahlung am 15. Dezember für unwahrscheinlich. Die Schuldenshöhe solle herabgesetzt und danach eine große internationale Anleihe zu niedrigerem Zinsfuß in London, Paris und New York zur Befriedigung der amerikanischen Ansprüche ausgeben werden.

waren. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen haben die kommunistischen und sozialistischen Führer in Vorbereitung der Vorgänge in der Nacht zum Donnerstag folgende Befehle erteilt: 1. Befestigung sämtlicher Cafés in der Umgebung des Saales, in dem die Versammlung der Union Nationale stattfand. — 2. Entsendung eines Sturmtrupps in die Versammlung und Befestigung des Podiums. 3. Unterbrechung der Versammlung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. 4. Widerstand selbst mit Gewalt gegen jeden Versuch der Polizei, die Ordnung im Saale wiederherzustellen oder außerhalb des Saales die Kundgebungen der Massen zu verhindern. 5. Befestigung der Straßen und allgemeinen Vorgehen gegen die Truppen. — Die polizeilichen Ermittlungen haben ferner ergeben, daß die Unruhen

von dem kommunistischen Führer Tronchet geleitet wurden. Der Führer der Sozialisten, Nicole, erklärte in seiner Ansprache an die Massen, die Revolution sei in Genf notwendig geworden, die Massen müßten die Straßen besetzt halten und aktiven Widerstand gegen jedes Vorgehen der Truppen leisten. Die Revolution in Genf dürfe sich nicht auf die Schweiz beschränken, sondern sie müsse eine Weltrevolution werden. Nach dem sozialistischen Führer sprach der Führer der Kommunisten, Sebel.

„Heute gibt es keine Trennung mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten. Wir müssen uns jetzt vereinen, um die Revolution zu machen. Die Sowjets feiern heute den 15. Jahrestag ihrer Revolution. Wir halten ganz zu ihnen. Es leben die Sowjets.“

Die zahlreichen Toten und Verletzten wurden in die umliegenden Cafés und Speisehäuser gebracht und teilweise auf die Balkons und Tische gebettet. Die Genfer Behörden organisierten sofort einen umfangreichen Sanitätsdienst. Die Toten und Verletzten wurden sodann in das National-Krankenhaus gebracht. Die Kundgebungen der Massen dauerten jedoch noch bis in die frühen Morgenstunden an. Gruppen von Sozialisten und Kommunisten durchzogen unter Gesang der Internationale die Straßen. Die Polizei hatte unterdessen die gesamte Feuerwehre mobilisiert, die bei ihrem Erscheinen überall von den Massen mit wüstem Geschrei begrüßt wurde, ohne daß jedoch die Verhütung der Menge, die Feuerwehrringwagen zu besetzen, gelangen.

Der Sozialistenführer Nicole ist heute vormittag wegen seiner Beteiligung an den gestrigen Unruhen und wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verhaftet worden. Nicole hat seiner Verhaftung keinen Widerstand entgegengeleitet. Auch gegen die kommunistischen Führer Sebel und Tronchet wurde Haftbefehl erlassen, der noch nicht ausgeführt werden konnte, weil die beiden Führer nicht aufgefunden werden konnten.

Man erwartet, daß die Schweizer Behörden mit größter Schärfe gegen die Anführer und Hauptverantwortlichen der blutigen Ereignisse vorgehen werden, da derartige Vorkommnisse das Ansehen der Schweiz und insbesondere die Stellung Genfs als internationale Konferenzstadt schwer gefährden. — Auf Anordnung des Bundesrats bleibt die gesamte Genfer Garnison vorläufig unter Waffen, um für den Fall neuer Unruhen sofort eingeleitet werden zu können. Am Donnerstagvormittag herrschte in Genf vollständige Ruhe. Die Bevölkerung ist über die gestrigen Ereignisse tief beunruhigt. Allgemein wird der Ausbruch eines Generalkriegs befürchtet.